

Dringlichkeitsantrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE

Menschenrechte in der Türkei verteidigen – für Aufklärung der Ermordung Tahir Elçi und für sofortige Freilassung der inhaftierten Journalisten!

Die Ermordung des Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir, Tahir Elçi, auf offener Straße und vor laufenden Fernsehkameras ist ein weiterer Tiefpunkt einer Entwicklung in der Türkei, bei der kritische VertreterInnen der Zivilgesellschaft, JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, Angehörige der politischen Opposition und Angehörige ethnischer Minderheiten zur Zielscheibe von Terror gemacht werden. Sie reiht sich ein in das Attentat auf den HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş, den Anschlag auf die Friedensdemonstration in Ankara und den Anschlag in Suruç.

Die Ermordung von Oppositionellen durch „unbekannte Täter“, die nie ermittelt werden und wo der Tathergang nie aufgeklärt wird, ist ein bekanntes Phänomen in der Türkei und war mehrmals Gegenstand parlamentarischer Untersuchungskommissionen. Die Frage, ob beim Attentat auf Tahir Elçi ein Fall direkter oder indirekter Komplizenschaft staatlicher Organe oder staatlicher Geheimstrukturen vorliegt, muss daher mit aller Entschiedenheit aufgeklärt werden.

Eine Kampagne, kritische Stimmen mit Gewalt zum Schweigen zu bringen, wird derzeit vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan persönlich gegenüber JournalistInnen durchgeführt. Der Chefredakteur und der Büroleiter in Ankara der Cumhuriyet, Can Dündan und Erdem Gül, die beide inhaftiert sind, waren von Erdogan persönlich angeklagt worden wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Spionage. Dies war die Reaktion auf die Veröffentlichung eines Artikels über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes MIT an salafistische Terrorgruppen in Syrien. Der Journalist Ertuğrul Özkök wurde wegen Beleidigung des Staatspräsidenten angeklagt, nachdem er eine Kolumne in der Hürriyet geschrieben hatte. Der Wert, den die türkische Regierung der Pressefreiheit bemisst, geht derzeit gegen Null. Die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen führt die Türkei im aktuellen Ranking zur Entwicklung der Pressefreiheit auf Platz 149 von 180. Zusätzlich wird das Internet immer stärker zensiert und überwacht.

Demokratisch gewählte oppositionelle StadträtInnen werden zu Dutzenden suspendiert und verhaftet, vielen von ihnen drohen lebenslange Haftstrafen. Polizei, Gendarmerie und Geheimdienste gehen gezielt gegen politische Gegner der Regierung vor. StaatsanwältInnen und RichterInnen, die Korruptionsverfahren gegen Regierungsangehörige eingeleitet hatten, wurden suspendiert, verhaftet, oder sind auf der Flucht.

Auch gewählte lokale Exekutivorgane werden zum Ziel willkürlicher Repression. Die Ex-Bremerin Leyla İmret, am 30. März 2014 mit 83 Prozent der Stimmen zur Bürgermeisterin von Cizre gewählt, wurde Anfang September 2015 während der Ausgangssperre, die über Cizre verhängt wurde, vom türkischen Innenministerium ihres Amtes enthoben. Ende November wurde sie ohne Angabe von Gründen verhaftet. Ermittelt wird gegen sie wegen angeblicher „Propaganda für eine Terrororganisation“. Derzeit steht sie unter Hausarrest.

In den kurdischen Gebieten werden regelmäßig komplette Städte unter Ausgangssperre gestellt. Gewalt und Willkür prägen den Alltag von Millionen Menschen. Fast täglich sterben ZivilistInnen unter ungeklärten Umständen und ohne, dass eine unabhängige Untersuchung der Tode möglich wäre.

Die Europäische Union darf über die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei, die sie in Fortschrittsberichten und Resolutionen immer wieder beschrieben hat, nicht hinwegsehen. Anstatt die türkische Regierung zu hofieren mit dem Ziel, sie zur Externalisierung der Grenzabschottung der EU-Außengrenze zu bewegen, sollten die Bundesregierung und die EU die Türkei entschieden auffordern, kein Rückzugsgebiet für IS-Kämpfer zu bieten, die Pressefreiheit, demokratische Grundprinzipien und Minderheitenrechte zu wahren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine umfassende Aufklärung der Ermordung des Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir, Tahir Elçi, und aller weiteren unaufgeklärten Morde mit mutmaßlich politischem Hintergrund unter Einschaltung internationaler Beobachter.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert die türkische Regierung und ihre Staatsanwaltschaften auf, haltlose Anklagen fallenzulassen und politische Gefangene freizulassen. Die Bürgerschaft erachtet eine unabhängige Justiz als unerlässlich für die Demokratisierung der Türkei.
3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Journalisten Can Dündar, Erdem Gül, Ertuğrul Özkök und aller weiteren Journalistinnen und Journalisten, die angeklagt werden, weil sie die Pressefreiheit in Anspruch nehmen, sowie die Niederschlagung aller entsprechenden Verfahren.
4. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, sich für die Verteidigung der Menschenrechte in der Türkei einzusetzen, gerade auch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen. Die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei darf den Interessen an einer strategischen Zusammenarbeit mit der Türkei nicht untergeordnet werden.

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.